

## Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Stadt Büren im Zuge der Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG)

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für den/die Stadt Büren von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

### Verantwortliche/r:

Stadt Büren  
vertreten durch den Bürgermeister  
Königstraße 16  
33142 Büren

Tel.: 02951/970-0  
E-Mail: [info@bueren.de](mailto:info@bueren.de)

Abteilung III - Bürgerdienste

### Datenschutzbeauftragte/r:

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Büren,  
persönlich  
Stadt Büren  
Königstraße 16  
33142 Büren  
E-Mail: [datenschutz@bueren.de](mailto:datenschutz@bueren.de)

### Zweck und Notwendigkeit:

Die Stadt Büren verarbeitet personenbezogene Daten zum Zwecke der Feststellung und Berechnung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Die betroffene Person ist nicht verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Werden diese Daten nicht bereitgestellt, kann jedoch keine Gewährung von Leistungen nach AsylbLG erfolgen.

Die Stadt Büren darf nur dann an andere Personen oder Stellen personenbezogene Daten weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

### Rechtsgrundlage:

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO (Wahrnehmung einer Aufgabe)
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung)

Des Weiteren beziehen wir uns auf folgende/s Spezialgesetz/e: in Verbindung mit Sozialgesetzbücher I - XII.

**Kategorien personenbezogener Daten**  
(nur ausfüllen, wenn Artikel 14 zutreffend;  
ansonsten Zeile löschen):

- Stammdaten
- Daten über die finanzielle Situation (Wohnkosten, Einkünfte oder Vermögen).

**Herkunft personenbezogener Daten**  
(nur ausfüllen, wenn Artikel 14 zutreffend;  
ansonsten Zeile löschen):

Die Daten werden zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erhoben

- bei der betroffenen Person
- im Rahmen eines nach § 79 SGB X zulässigen autorisierten Abrufverfahren bei der Deutschen Rentenversicherung als

- zentrale Stelle für die in § 35 SGB I genannten Stellen
- bei den in den §§ 117 SGB XII genannten Stellen, insbesondere bei anderen Behörden und anderen Leistungsträgern sowie bei Unterhaltspflichtigen
- Vermieter
- Banken
- Arbeitgeber
- Bundesagentur für Arbeit
- Jobcenter
- Familienkasse
- Finanzamt

**Empfänger/Kategorien von Empfängern:** Interne Stellen: Stadtkasse, Standesamt, Meldebehörde, ggf. KiTa und Schulen  
Externe Stellen: Krankenkasse, Familienkasse, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Polizei, Gesundheitsamt, Ausländeramt, Bezirksregierung

**Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation:** Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten ist nicht vorgesehen.

**Speicherdauer bzw. -kriterien:** Laut KGST-Empfehlung beträgt die Aufbewahrungsfrist 10 Jahre nach Abschluss der Bearbeitung.

**Betroffenenrechte:** Auskunftsrecht (Art. 15)  
 Recht auf Berichtigung (Art. 16)  
 Recht auf Löschung (Art. 17)  
 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18)  
 Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20)  
 Widerspruchsrecht (Art. 21)

Ihr Beschwerderecht (Art. 77) können Sie unter anderem bei der/dem Landesbeauftragte/n für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen wahrnehmen.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:  
 Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,  
 Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf  
 Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf  
 Tel.: 0211 38424-0,  
 Fax-Nr.: 0211 38424-10,  
 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.